

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 65 (1973)
Heft: 12

Artikel: Der vierte arabisch-israelische Krieg : Hintergründe und Lösungen
Autor: Bergmann, Theodor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354636>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der vierte arabisch-israelische Krieg

Hintergründe und Lösungen

Theodor Bergmann

Der vierte Krieg zwischen Israelis und Arabern in 25 Jahren hat weite Kreise aufgeschreckt, hat aber eine zwiespältige Wirkung auch auf der Linken gehabt. Er ist ungleich den drei früheren Kriegen, obwohl er nach schweren Kämpfen, wie die drei früheren, mit einem israelischen militärischen Sieg beendet wurde. Nach blutigen Kämpfen und nach einem Beinahe-Zusammenstoss der Supermächte USA und Sowjetunion wurde das Feuer eingestellt und ein brüchiger Waffenstillstand angenommen. Zu den ungelösten alten politischen Problemen sind für Israel neue hinzugekommen, so die wachsende politische Isolierung, die Erdölfrage, die erhöhte Kampfkraft der ägyptischen Armee, das verstärkte Engagement der Sowjetunion. Die einen fragen besorgt: Kann Israel überleben; die anderen: Ist eine direkte Konfrontation der Grossmächte auf die Dauer zu vermeiden? Und die menschlich und politisch Gleichgültigen beten zu den Oelscheichen: Unser täglich Erdöl gebt uns heute. Wie kann ein Gewerkschafter seine Position heute formulieren?

Einige Grundtatsachen

Israel ist ein sehr kleines Land mit etwa 3 Millionen Menschen, dem ein grosses Bündnis feindlicher Nachbarn gegenübersteht. Die direkten Anrainerstaaten, die den vierten Krieg führten – Aegypten, Syrien, Jordanien plus Irak – haben zusammen 53 Millionen Einwohner, ihre arabischen Verbündeten 57 Millionen. Alle Staaten der Region sind kapitalistisch, stehen aber auf verschiedenen Entwicklungsstufen und haben verschiedene innenpolitische Systeme und Bündnispartner. Israel ist der wirtschaftlich und technologisch modernste mit der besten Volksbildung, dem höchsten Lebensstandard, einer starken Arbeiterbewegung und funktionierender bürgerlicher Demokratie. Unter den arabischen Staaten gibt es feudale, aber auch relativ moderne. In allen arabischen Staaten – mit Ausnahme Syriens und jetzt wohl des Iraks – ist die kommunistische Partei verboten, und ihre Mitglieder werden in verschiedenen Graden verfolgt – Ermordung in Sudan, Verbot in Libyen, Exil und Konzentrationslager in vielen. Landwirtschaftlich nutzbare Fläche gibt es in fast allen Ländern der Region in ausreichendem Masse. Dagegen ist Wasser der begrenzende Faktor der Agrarproduktion. Nur Israel hat seine Wasserreserven planmässig genutzt, während andere Länder hier erst am Anfang stehen. Langfristig wird man Meer- und Brackwasser entsalzen müssen, um den steigenden Was-

serbedarf zu befriedigen. Kleinere Entsalzungsanlagen arbeiten bereits in der Region. Die Naturschätze sind bisher weitgehend unerforscht. Israel und Jordanien verfügen über Kali und Phosphate, aber nicht über Erdöl. Zahlreiche arabische Staaten haben grosse Erdölreserven; der Mittlere Osten liefert etwa 80 Prozent des Erdöls der Europäischen Gemeinschaft. Dieser Schatz ist aber äusserst ungleich verteilt; die ölreichen Staaten haben wenig Menschen, die volkreichen wenig Petroleum. Ein Reichtumsausgleich wäre sinnvoll, findet aber bisher nicht statt für Entwicklungszwecke, sondern nur für Rüstung und Krieg.

Die arabischen Staaten bilden zwar in der arabischen Liga ein lockeres System; jedoch sind die Unterschiede zwischen ihnen tief und vielfältig und haben mehrfach zu militärischen oder verbalen Konfrontationen geführt (Ägypten-Jemen, Algerien-Marokko, Syrien-Jordanien, Irak-Kuwait, Libyen-Marokko). Versuche zur Bildung von Bundesstaaten sind immer wieder binnen kurzem gescheitert. Die einzigen Bindemittel zwischen ihnen sind die islamische Religion und die gemeinsame Feindschaft gegen Israel, obwohl Israel bis 1967 nur mit Jordanien und mit Syrien überhaupt territoriale Streitigkeiten haben konnte.

Die Weltmächte und die Region

Die weltpolitischen Bündnisbeziehungen sind sehr vielfältig und fliessend, können daher hier nur angedeutet werden. Israel wurde von 1947/48 bis etwa 1952 stark von der Sowjetunion und der Tschechoslowakei unterstützt. Nach dem Sturz der ägyptischen Monarchie näherte sich die Sowjetunion Ägypten und kühlte die Beziehungen zu Israel ab. Ende der fünfziger Jahre folgte eine sowjetische Kehrtwendung zu Israel, etwa um 1965 eine weitere zu Ägypten. Israel hat danach engere Beziehungen erst zu Frankreich, dann zur Bundesrepublik, schliesslich zu den USA gesucht. Es wählte also seine Partner nicht aus freien Stücken und nach ideologischer Wahlverwandschaft, sondern unter dem Zwang der Präferenzen der Mächte und als Funktion von deren Interesse oder Desinteresse an Israel.

Dieses wird heute bei allen Grossmächten von eigenen ökonomischen und strategischen Gesichtspunkten bestimmt, u. a. also von Erdöl, Rüstungsindustrie, Militär- und Marinebasen, Absatzchancen usw. Das Lebensbedürfnis der Israelis, die Entwicklungsbedürfnisse arabischer Bauern und Arbeiter haben dagegen geringes Gewicht. Nur vor amerikanischen Wahlen hat die jüdische Lobby in den USA grössere Bedeutung; sonst sind die Erdölkonzerne in stärkerer Position.

Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschten England und Frankreich die Region. Sie wurden allmählich von den USA abgelöst, die grosse

Erdölinteressen erwarben, Flug- und Marinebasen in arabischen Ländern errichteten und in begrenztem Ausmass auch Israel unterstützten. Seit den fünfziger Jahren engagierte sich die Sowjetunion stärker – mit wechselndem Erfolg und einigen spektakulären Rückschlägen. Sie wählte ihre Bündnispartner nicht nach deren politischer Haltung, sondern nach imperialen Gesichtspunkten. «Sozialistische» Waffen dienten zur Liquidierung der Kommunisten im Sudan, wie vorher in Indonesien; Kommunisten wurden schärfstens verfolgt in fast allen arabischen Ländern. Nur in Israel genossen sie alle Rechte und sitzen im Parlament.

Verfolgung in Europa führt zu Masseneinwanderung

Der Zionismus als Bewegung der sozialen und nationalen Normalisierung des jüdischen Volkes fand nur mässigen Anklang, solange der Kapitalismus in seiner Aufstiegsperiode die Assimilation und Integration der Juden förderte oder zuliess. Die Immigrationswellen nach Palästina lassen sich klar mit den Verfolgungswellen in Europa und Nordafrika in Beziehung bringen (Pogrome in Russland und Polen, Nazismus in Deutschland, Hitlersche «Endlösung der Judenfrage» im besetzten Europa). Erst dadurch kam es zur Masseneinwanderung. Prinzipiell ist die Entwicklung in der Sowjetunion ähnlich verlaufen. – Anfangs verkauften arabische Grossgrundbesitzer Boden in Palästina an die Juden, später sympathisierten und kollaborierten ihre politischen Führer mit Hitlerdeutschland. «Die Tatsache, dass kein einziger westeuropäischer Staat in der Lage gewesen ist, die elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu verteidigen..., erklärt die Aspirationen der Juden auf einen eigenen Staat. Es würde ungerecht sein, dies nicht in Rechnung zu ziehen und dem jüdischen Volk das Recht zu bestreiten, eine solche Aspiration zu verwirklichen...»¹

Siege ohne Lösungen

Von den vier Kriegen – 1947/48, 1956, 1967, 1973 – hat Israel eindeutig den von 1956 begonnen, die drei anderen wurden von seinen Nachbarn angefangen. In den ersten dreien hat Israel klar gesiegt. Der vierte Krieg wurde mit einem Waffenstillstand abgebrochen, der zu Verhandlungen, Anerkennung und Rückgabe besetzter Gebiete (oder der besetzten Gebiete) durch Israel führen soll. Israel hat sich gegen den konzentrierten Ueberraschungsangriff Aegyptens und Syriens gut behauptet. Der Sechstagekrieg 1967 führte erstmals zur Eroberung neuer Gebiete, von denen ein kleiner Teil dem Staat

¹ Der sowjetische Aussenminister Gromyko bei den Vereinten Nationen am 14. Mai 1947.

format einverleibt wurde, während in den übrigen Teilen eine Militärverwaltung mit arabischen Beamten, Polizisten, Lehrern errichtet wurde, die keine sozialen Änderungen, aber eine Verbesserung der Lebensverhältnisse anstrebte. Die rein zahlenmässigen Kräfteverhältnisse bei Soldaten, Flugzeugen und Panzern waren immer so eindeutig zugunsten der arabischen Nachbarn, dass ihre Führer sich totale Endsiege ausrechneten und entsprechende Parolen ausgaben. Um so mehr waren sie über ihre Niederlagen überrascht und empfanden sie als «nationale Schmach», die auszuwetzen war. Aber auch die zum Ausharren entschlossenen Israeli waren von ihren militärischen Erfolgen überrascht. Ihnen einen langfristigen Plan zur Eroberung grosser Flächen zu unterstellen, heisst Geschichtsabläufe total misszuverstehen. Es heisst auch zu vergessen, dass drei Millionen Israelis kein grösseres Gebiet brauchen, und dass sie ein Staat mit jüdischer Bevölkerung sein wollen.

Doch alle militärischen Siege halfen und helfen nicht, die Grundprobleme zu lösen. Darüber sind sich auch die meisten Menschen in Israel klar. Hier liegt ein Hauptdilemma. Ohne militärischen Erfolg der Israeli hätte es 1948 und 1967 höchstens Krokodilstränen der «Weltöffentlichkeit» gegeben, wie während und nach der hitlerischen Vernichtungsaktion. Der Erfolg ist also eine Grundvoraussetzung für Ueberleben und Verhandlungen. Gleichzeitig stärkt er die Unversöhnlichkeit der politischen Führer der anderen Seite, die sich auch 1973 auf den Beschluss von Khartum nach dem Krieg von 1967 berufen: kein Frieden, keine Verhandlungen, keine Anerkennung Israels. Die immer wieder erklärte und gezeigte Verhandlungsbereitschaft Israels blieb ohne wesentliches Echo, ausser von Tunesiens Präsident Bourguiba. Die israelischen Kritiker der eigenen Regierung meinen allerdings, ihre Regierung hätte noch mehr Entgegenkommen zeigen, noch mehr Zeichen der Verständigungsbereitschaft setzen sollen.

Die wesentlichen Faktoren

Folgende Hauptfaktoren des langfristigen Konflikts sind erkenntlich:

- Der junge Nationalismus von Entwicklungsländern steht in einem – durchaus überwindbaren – Widerspruch zur israelischen Staatsbildung. Dieser Staat wird noch als Fremdkörper in der Region, als Transplantation angesehen, die abzustossen ist.
- Allmählich entsteht ein palästinensisches Volk oder nationale Einheit, die sich zwar noch nicht klar artikuliert, deren Aspirationen aber zu berücksichtigen sein werden. Sie kollidieren nicht nur mit denen Israels, sondern auch mit denen Jordaniens und

Aegyptens. Der Terror der «Guerilla»-Organisationen in Europa beweist, dass sie bei der arabischen Bevölkerung in Israel keinen, in den besetzten Gebieten nur sehr geringen Widerhall finden. Sie sind nicht die politischen Repräsentanten der Araber in diesen Gebieten.

- Neben den sozialen Unterschieden in jedem Lande besteht ein sozio-ökonomisches Entwicklungsgefälle von Israel zu seinen Nachbarn. Die Araber in Israel haben kulturell, ökonomisch und sozial den höchsten Standard. Die Modernität und Entwicklungsstufe Israels erscheint den feudalen Fürsten der Region als Gefährdung ihrer Herrschaft und der politischen und sozialen Stabilität. Die inneren Reformanstösse in arabischen Ländern sind schwach, und manche Reformen sind partiell wieder abgebaut worden (Aegypten). Das soziale Gefälle, die objektive Reformbedürftigkeit und die Entwicklungserwartungen der Massen können nur durch die Konzentration auf den «Erbfeind» überspielt werden. Die Kriegsanstrengungen verhindern die innere Entwicklung aller Länder.
- Der Erdölreichtum einiger Länder würde den ökonomischen Entwicklungsstart begünstigen, wenn ein Reichtumsausgleich stattfände, wenn man das Erziehungswesen ausbaute, wenn man sich auf die innere Entwicklung konzentrierte und die Gesellschaftsorganisation darauf ausrichtete. Die alten politischen und sozialen Strukturen behindern das. Das Erdöl ist ein weiterer Grund für eurapäische «Kulturnationen» und deren Oel- und Waffenhändler, reaktionäre Politiker und Generäle mit modernen Waffen auszurüsten.
- Die drei Supermächte wetteifern um Einfluss in der Region, wobei China vorerst mehr verbal teilnimmt. Imperiale Motive, Ziele und Methoden der sozialistischen Weltmacht Sowjetunion unterscheiden sich kaum noch von denen der USA. Nur geht sie schneller, unbedenklicher, ungehindert durch die öffentliche Meinung zu Werke.
- Die rund 1 Million Flüchtlinge wurden bisher grossenteils nur am Leben erhalten. Alle arabischen Staaten und die Flüchtlingsfunktionäre haben ihre Integration verhindert. Mehrmalige Angebote, einen Teil aufzunehmen, wenn die Nachbarn ein gleiches tun, wurden mit der Gegenforderung beantwortet, Israel müsse alle Flüchtlinge in seinem Staatsgebiet aufnehmen.
- Israels weltpolitische Isolierung wächst. Das wird dort klar erkannt. Man bedauert öffentlich, in der extremen Notlage seine Verbündeten nicht mehr wählen zu können und etwa von Südafrika Sympathieerklärungen zu erhalten.
- Die militärische Ueberlegenheit Israels trotz der kleinen Zahlen, der ungünstigen Ausgangslage, der gewaltig überlegenen sowjeti-

schen Lieferungen vor Kriegsbeginn, ist nicht zu erklären durch absurde Schlagworte, wie Preussentum, Militarismus, Imperialismus und Faschismus. Diese kann nur der benutzen, der von den Realitäten absieht. H. Gollwitzer hat in seinem Buch «Israel, Vietnam und die Christenheit» überzeugend nachgewiesen, dass die Israelis viel eher den Vietkong gleichen als die arabischen Guerilla-Verbände. Die ruhige Entschlossenheit zur Gegenwehr beruht auf den bitteren Erfahrungen in Europa in den dreissiger und vierziger Jahren. Daraus vor allem, aus hohem kulturellem und Bildungsstand und guter Organisation resultieren freiwillige Kriegsdziplin und innere Stärke. In der aussenpolitischen Krise überlagert die Einigkeit vorübergehend wichtige soziale Differenzen und politische Meinungsverschiedenheiten.

Positionen der Linken

Es ist kaum möglich, die vielen Positionen der Linken zusammenzufassen und gemeinsam zu analysieren. Dazu sind sie zu weit gestreut. Aber einzelne Grundmotive lassen sich erkennen, die allerdings nicht für alle Strömungen gelten.

1. Solidarität mit der Sowjetunion und der Aussenpolitik der sozialistischen Staaten.

Die Aussenpolitik sozialistischer Staaten ist von drei Komponenten determiniert: geographische und natürliche Lage, weltpolitisches Gewicht und Kräfteverhältnisse, Gesellschaftssystem. Das relative Gewicht dieser drei Teilfaktoren verändert sich ständig; die Bedeutung des sozialistischen Charakters nimmt mit dem Abstand von der Revolution immer mehr ab. Die Sowjetunion und China verhalten sich in der Weltpolitik heute ähnlich kapitalistischen Mächten. Sowjetischer Panzerkommunismus zerstört das Vertrauen in den Sozialismus.

2. Abneigung gegen den Bündnispartner der imperialistischen USA. – In normalen Zeiten ist die innere Abneigung gegen das Bündnis mit den USA in Israel vorhanden und wird ausgesprochen. Es ist aber nicht verdammenwerter als sowjetische, DDR- und chinesische Hilfe für Indonesien oder den Sudan, kubanische Beziehungen zu Spanien usw. usw. Die aussenpolitischen Beziehungen aller Staaten sind weitgehend entideologisiert und selbst ihrer ideologischen Verhüllung entkleidet.

3. Protest gegen Israelis mangelndes Entgegenkommen.

Dieser Punkt ist teilweise berechtigt. Leider wird übersehen, dass die Intransigenz Israels Folge, nicht Ursache der offiziellen Politik der meisten arabischen Staaten ist.

4. Ablehnung weisser, europäischer Kolonisation und des «israelischen Rassismus».

Hier liegt eindeutig Missverständnis oder Unkenntnis vor. Die Zionisten wollten und betrieben keine weisse Kolonisation, wie sie in Ost- und Südafrika herrschte, also europäisches Grundeigentum, Ausbeutung farbiger Arbeiter. Eines der Hauptprinzipien des sozialistischen Zionismus war und ist: eigene Arbeit, Rückkehr der Juden in Israel zur physischen Arbeit, keine europäische Kolonisation. Von Rassismus kann in Israel keine Rede sein. Die Regierung hat sich bemüht, die orientalischen Juden ins Land zu holen und kulturell und ökonomisch zu integrieren.

5. Sympathie mit Ländern der Dritten Welt, Mitleid mit den Besiegten und den Opfern der Okkupation.

Das sind erfreulich humane und humanistische Gefühle, die ein Echo in Israel finden in offener Kritik an Fehl- und Uebergriffen der Militärverwaltung. Aber angesichts der Grössenordnungen ist es geradezu lächerlich, von israelischem Imperialismus zu reden. Und angesichts der Politik einiger arabischer Führer (etwa Forderung des Libyers Jalloud nach Waffen gegen Erdöl) muss endlich auch die Dritte Welt differenzierter betrachtet werden.

Die israelische Linke

Hier gehen die Positionen ebenso weit auseinander wie in Westeuropa, wo freie Diskussion für Sozialisten nicht behindert wird. Es beginnt ganz «links» mit jenen Gruppen, die Israel als imperialistisch und faschistisch bezeichnen. Ihnen stehen nahe die moskau-treuen Kommunisten, die die ganze Schuld erwartungsgemäss auf die israelische Regierung legen.

Die zweite kommunistische Partei ist seit 1967 positiv zu Israel und sehr kritisch zur Sowjetunion eingestellt. Für die Parlamentswahlen hat sie sich mit anderen kritischen Linksgruppen zu einer gemeinsamen Liste Moked (Brennpunkt) zusammengetan.

Die linkssozialistische MAPAM, jetzt mit den drei sozialdemokratischen Parteien formal vereinigt, dürfte etwas nach rechts gerückt sein und weitgehend auf der Regierungslinie stehen. Ein Teil ihrer Mitglieder sympathisiert daher mit und unterstützt Moked.

In der MAPAI (sozialdemokratisch) gibt es verschiedene Flügel und Strömungen. Vereinfachend kann man sagen, dass ein Teil «Tauben» sind, etwa Finanzminister Sapir, Aussenminister Eban, der ehemalige Parteisekretär Eliav, der Generalsekretär der Gewerkschaften Ben-Aharon, während andere zu den «Falken» gehören, wie Allon und Galili. Verteidigungsminister Dayan gilt als Pragmatiker mit gutem Gespür für die Wünsche der arabischen Be-

völkerung. Golda Meir als Ministerpräsidentin nimmt eine vermittelnde Position zwischen den Strömungen ein.

Besonders von linken Intellektuellen europäischer Herkunft und einigen arabischen Sozialisten werden getragen die Monatsschrift «New outlook» und eine Organisation für Frieden und Sicherheit, die seit langem für Verständigung mit den Arabern in und ausserhalb Israels eintreten.

Der Krieg und das fehlende Echo aus den Nachbarländern fördern nicht die internationalistischen Stimmen und Strömungen. Dennoch kann man immer noch annehmen, dass die Masse der politisch denkenden Israelis rational denkt, sich der Kleinheit und Isolierung bewusst ist. Sicher wäre die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bereit, gegen Anerkennung und Frieden auf den grössten Teil der besetzten Gebiete zu verzichten ².

Die Gruppen auf der Rechten, die militant ein grösseres Israel fordern, sind zwar nicht zu übersehen, finden aber trotz ihrer Lautstärke kaum stärkeren Widerhall.

Grundzüge einer friedlichen Lösung

In einem die Welt so erregenden Konflikt muss jeder denkende Mensch Position beziehen. Weltpolitische Konflikte und menschliches Leiden können nur den stumpfen Spiesser oder den kalten Kriegsgewinnler unberührt lassen. Kleinere Länder, wie die Niederlande, Dänemark oder Rumänien, lassen sich weder durch Drohungen mit Erdölboykott noch durch sowjetische «Ermahnungen» von ihrer Haltung abbringen und setzen ihre guten Beziehungen zu Israel fort. Demgegenüber wirkt die Haltung der grossen westeuropäischen Regierungen nicht als neutral und friedensfördernd. Nach den Waffenlieferungen an faschistische und Militärdiktaturen ist das Transportverbot für amerikanische Panzer aus der Bundesrepublik eher als Begünstigung der arabischen Staaten anzusehen. Die Fortsetzung und Verstärkung des Drucks zeigt übrigens, dass diese Nachgiebigkeit sich nicht gelohnt hat.

Einige Grundsätze für eine friedliche Lösung sollen hier formuliert werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Massenvernichtung von Juden muss die selbständige nationale Existenz Israels geschützt werden. Die Ergebnisse und Folgen des Weltkrieges sind von allen zu akzeptieren, ob sie Breslau und Königsberg oder Tel Aviv und Haifa betreffen; d. h. die arabischen Regierungen und Völker müssen Israel anerkennen. Ständige Nichtanerkennung und Ablehnung

² Eine Meinungsbefragung am Tage nach dem letzten Waffenstillstand ergab, dass nur 32 Prozent für die fortgesetzte Okkupation der besetzten Gebiete waren («Jerusalem Post», Weekly Edition, 6. November 1973).

Israel, seine Nachbarn und seine Gegner

<i>Land</i>	<i>Fläche km²</i>	<i>Ein- wohner in 1000</i>	<i>Ein- woh- ner je km²</i>	<i>Palästina- Flücht- linge in 1000</i>	<i>Erdöl- produktion 1971 Mio t</i>
Israel ¹	20 770	3 010	145	—	0,1 ³
Von Israel besetzte Gebiete	68 589 ²	942 ³	—	—	?
Syrien	185 180	6 450 ⁴	35	80 ⁵	—
Libanon	10 400	2 870 ⁶	276	176 ⁶	—
Jordanien	97 740	2 380	24	465 ⁵	—
Ägypten	1 001 449	34 130	34	—	15,5
Direkte Nachbarn	1 294 769	45 830	—	711	—
Irak	434 924	9 750	22	6 ⁵	83
Libyen	1 759 540	2 010	1	—	132
Saudi-Arabien	2 149 690	8 000	4	—	222
Kuwait	16 000	830	52	—	145
Sudan	2 505 813	16 090	6	—	—
Algerien	2 381 741	14 770	6	—	36,5
Marokko	445 050	16 000	36	—	—

¹ In den Grenzen des Waffenstillstandes von 1949.

² Davon 61 198 km² Sinai-Wüste.

³ 1968.

⁴ Inkl. Palästina-Flüchtlinge: syrische Angabe: 1964 = 126 392; Archiv der Gegenwart: 1952: 80 000.

⁵ 1952.

⁶ Ohne registrierte Palästina-Flüchtlinge 1971.

Quellen: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1972. Statistical Abstract of Israel 1969.

Militärische Kräfteverhältnisse im Nahen Osten¹

<i>Land</i>	<i>Soldaten²</i>	<i>Flug- zeuge</i>	<i>Panzer</i>	<i>Marine- einheiten</i>
Israel	300 000 ³	488	1 700	60
Syrien	132 000	326	1 270	25
Ägypten	298 000	620	1 955	115
Irak	102 000	224	1 065	30
Jordanien	73 000	40	?	?
Algerien	63 000	206	450	30

¹ Daten fehlen über Sudan und Libyen.

² Reserven nicht einbezogen, ausser bei Israel.

³ Stehende Einheiten plus die Reservisten, die binnen 72 Stunden verfügbar sind.

Quelle: «Die Zeit», 12. Oktober, 19. Oktober 1973.

von Verhandlungen beinhaltet den Willen, die historische Entwicklung zurückzudrehen zum Status vor 1945. Alle supranationalen Lösungen (bikulturelle Nation, arabisch-israelischer Staat, Konföderation aller Nahoststaaten) sind gute Wünsche, die aber der Zukunft und wachsendem gegenseitigem Vertrauen vorbehalten bleiben.

Besetzung fremden Staatsgebiets ist langfristig unerwünscht. Nach der öffentlichen Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten entfällt der Grund für Besetzungen, die aufzugeben sind. Nirgends gibt es absoluten Platzmangel, am wenigsten im Nahen Osten. Es gibt nur relative Ueberbevölkerung, nämlich gemessen an der Entfaltung und Nutzung der Möglichkeiten. Nirgends gibt es absolut sichere Grenzen.

Das Flüchtlingsproblem ist vorrangig zu lösen durch Integration, Auflösung der Lager, gemeinsame Anstrengungen von Israelis und Arabern. Der inneren wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Modernisierung in jedem Lande gebührt der Vorrang vor Rüstung und Kriegsvorbereitung.

Internationale Lösungen können nicht den Grossmächten allein überlassen bleiben, da sie Eigeninteressen vertreten und ihre militärische Konfrontation dadurch herbeigeführt werden kann. Materiell unbeteiligte Kleinstaaten und unabhängige sozialistische Kräfte und Bewegungen müssen ihren Beitrag leisten zu Verhandlungen und zur Verständigung zwischen den Nachbarn. Sie müssen die militärische Entwicklungshilfe und die schmutzigen Geschäfte des internationalen Waffenhandels aufdecken und verhindern.

Die Länder der Region sollten im wohlverstandenen Eigeninteresse von der Konfrontation zur Kooperation gebracht werden, die die gewaltigen regionalen Entwicklungspotentiale mobilisieren kann.

Die sowjetische Aussenpolitik muss scharf kritisiert werden. Sie ist unsozialistisch, imperial, und zudem kurzsichtig ausgerichtet auf militärische Machtpositionen, weit entfernt von den eigenen Staatsgrenzen. Eine Politik im Geiste von Taschkent³ stünde einer sozialistischen Grossmacht besser zu Gesicht, würde weniger materiellen Einsatz erfordern und bleibenden politischen Einfluss an Stelle labiler militärischer Bündnisse setzen. Ebenso ist die Aussenpolitik der DDR und Chinas zu kritisieren. Die DDR unterstützt die Sowjetunion mit besonders verlogener anti-israelischer Propaganda, während China versucht, sich an Stelle der Sowjetunion als der ehrliche Verbündete der Araber darzustellen, vorerst allerdings mit geringem materiellem Einsatz.

³ Dort wurden 1966 Indien und Pakistan von der Sowjetunion an den Verhandlungstisch gebracht und zur Beendigung des Krieges veranlasst.